



Alle wohlgemeinten Lobbying- und Korruptionsgesetze werden nichts fruchten, wenn nicht die Dominanz der Großlobbys gebrochen wird.

Foto: APA/Helmut Fohringer

## Lobbying in Österreich: Minderheits-Elite dominiert das Land

**Das neue Lobbying-Register soll für Transparenz und Nachvollziehbarkeit sorgen, um in Zukunft Ränkespiele à la Strasser & Co. zu verhindern. Von Transparenz ist derzeit allerdings noch wenig zu bemerken, schwammige Formulierungen sowie praxisferne Bestimmungen sorgen für Verwirrung.**

Von Marie-Theres Ehrendorff

**E**in öffentlich zugängliches Register sieht das neue Lobbying-Gesetz vor, wo sich Lobbying-Unternehmen, Werbe- und PR-Agenturen, die Lobbying-Aufträge abwickeln, ebenso wie Unternehmen, die Mitarbeiter zum Zwecke des Lobbyierens bei Amtsträgern beschäftigen, des Weiteren Selbstverwaltungskörper und Interessenvertretungen sowie Vereine eintragen müssen.

Mit rund 1.200 Eintragungspflichtigen rechnet der Gesetzgeber. Bis dato schaut's damit noch sehr mager aus, was nicht am Entgelt liegen kann. Die 200 Euro pro Unternehmen sollten mit lukrativen Aufträgen bald erwirtschaftet sein. Doch das Registrierungsverfahren über die Internetschnittstelle mit Bürgerkarte und Finanz-Online ist dermaßen kompliziert, dass viele daran scheitern. Die

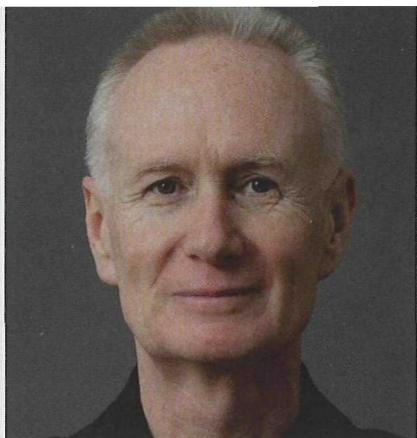
Übergangsfrist läuft zwar noch bis 31. März 2013, aber sollte jemand ab 1. April ohne Eintrag im Register lobbyieren, wird's teuer: Geldstrafen drohen, die sich bei wiederholtem Vergehen mit bis zu 60.000 Euro zu Buße schlagen können.

### **KMU haben das Nachsehen**

Eine aktuelle Gallup-Meinungsumfrage unter 1000 Befragten macht deutlich, dass vor allem Konzerne mit 67 Prozent, die Finanzwirtschaft mit 47 Prozent wie die Regierung bzw. Politik mit 60 Prozent die großen Profiteure des Lobbying in Österreich sind. „Die mittelständische Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren an Lobby-Kraft und politischem Einfluss verloren“, findet Margarete Kriz-Zwittkovits, Präsidentin des Österreichischen Gewerbevereins (ÖGV), die für

zwei Millionen Unternehmer und Mitarbeiter in den KMU spricht. „Die KMU wurden in Geiselhaft des sozialen und politischen Umverteilungswahns genommen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtern sich dynamisch. Wegnehmen kann man aber nur jenen etwas, die es sich gefallen lassen – und die vor allem noch etwas besitzen. Das wiederum aber auch nur so lange, bis alle nichts mehr haben. Dabei steigen die finanziellen und bürokratischen Belastungen für die mittelständische Wirtschaft ungebremst.“

In dieses Horn stößt auch Lobby-Coach Wolfgang Lusak von Lusak Consulting, der die Studie gemeinsam mit dem Wirtschaftsforum der Führungskräfte und dem Österreichischen Gewerbeverein in Auftrag gegeben hat. „Eine privilegierte Minderheit dominiert



„Ein Beweis für die Schwäche der KMU-Lobby ist das neue Lobbying-Gesetz: Unschärf fließt die Grenze zwischen ‚normaler unternehmerischer Tätigkeit‘, dem verfassungsgesetzlich geschützten Petitionsrecht und der im Lobbying-Gesetz angesprochenen ‚Lobbying-Tätigkeit‘“, bemängelt Lobby-Coach Mag. Wolfgang Lusak die neue Rechtsgrundlage. Foto: Lusak Consulting

das Lobbying und ich halte das demokratiepolitisch für bedenklich.“ Befragt wurden insgesamt 1.000 Österreicher und zum Vergleich rund 400 Führungskräfte bzw. Unternehmer. 61 Prozent der Bevölkerung und 91 Prozent der Führungskräfte bzw. Unternehmer sind der Meinung, dass für KMU zu wenig Lobbying betrieben wird. Trotz aller Lobbying-Skandale halten – so die Studie – fast zwei Drittel der Österreicher sowie praktisch alle Führungskräfte Lobbying für den unternehmerischen Mittelstand als etwas Positives.

### Ruf nach Mittelstandslobbying

Die Studie zeigt auch im Fünf-Jahres-Überblick, dass der Prozentsatz derer, die zu viel Lobbying für KMU sehen, sich seit 2008 von 22 Prozent auf heute sechs Prozent reduziert hat. Heute denken 22 Prozent der Österreicher bei Lobbying an Interessenvertretung, 21 Prozent an Bestechung, 16 Prozent an



„Viele KMU könnten sich gezwungen sehen, ‚sicherheitshalber‘ alle Mitarbeiter, die ab und zu mit Behörden und Politikern zu tun haben, anzumelden bzw. alle ‚lobbying-ähnlichen‘ Tätigkeiten aufzuzeichnen. Unternehmer bewegen sich somit in einem ‚Graubereich‘. Bedenklich ist auch, dass die großen Interessenverbände und Rechtsanwälte sowie Wirtschaftstreuhänder von einer Registrierung ausgenommen sind“, meint ÖGV-Präsidentin Margarete Kriz-Zwittkovits. Foto: RS-Studio

Info-Austausch, elf Prozent an Einflussnahme bzw. Intervention, acht Prozent an Kontaktknüpfen und sieben Prozent an „Freunderlwirtschaft“. Einem großen Teil der breiten Zielgruppen wie KMU (zu 22 Prozent), Mittelstand (zu 15 Prozent), Non-Profit-Organisationen (NPO) und Vereinen (zu 15 Prozent) und Sozialorganisationen (zu zwölf Prozent) billigen die Befragten viel weniger „Lobbying-Nutzen“ zu als den Großlobbys. Die Gruppe der KMU verliert auch an Lobbykraft, was Wolfgang Lusak bestätigt: „Lobbying wird generell von den Menschen sachlich und kritisch zugleich betrachtet.“ Das schwache Lobbying-Gesetz wird allerdings nicht zur Hebung des Images beitragen können.

38 Prozent der Befragten trauen den KMU zu, Österreich aus der Krise zu bringen. 33 Prozent halten den Mittelstand dafür geeignet, 26 Pro-

## Service

### i Lobbying-Kongress

Der 3. ARS-Lobbying-Kongress findet am 14. und 15. März 2013 in Wien statt. Top-Experten vermitteln, wie die heute bedeutende Management-Disziplin Lobbying in der Praxis „funktioniert“. Nähere Infos: [www.ars.at](http://www.ars.at)

zent behaupten das von Regierung/Politik/Parteien, 17 Prozent von der Finanzwirtschaft, 15 Prozent von den Konzernen und noch weniger von der EU, den Bürgerinitiativen und den Sozialorganisationen. 2010 waren es noch 43 Prozent, die Regierung/Politik zugetraut haben, die Krise zu meistern. Auch Konzerne, Finanzwirtschaft und EU haben in den letzten Jahren an Krisenmanagement-Kompetenz stark verloren. Bei den Führungskräften/Unternehmern ist diese Einschätzung noch radikaler: Sie glauben mit 80 Prozent derzeit, dass die KMU Österreich aus der Krise bringen können, zu 68 Prozent der Mittelstand, zu 27 Prozent die EU, zu 24 Prozent die Konzerne und nur zu 15 Prozent Regierung/Politik/Parteien.

### Interessenvertreter gefordert

Die Österreicher sehen gemäß der Studie zu 55 Prozent die WKO als starke KMU-Lobby, zu 31 Prozent den Wirtschaftsbund, ebenfalls zu 31 Prozent die Industriellen-Vereinigung, zu 23 Prozent den Österr. Gewerbeverein, zu 19 Prozent den Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband, zu 17 Prozent das Wirtschaftsforum der Führungskräfte, zu zwölf Prozent den Ring freier Wirtschaftstreibender und zu neun Prozent die Grüne Wirtschaft. Allerdings war die WKO 2010 noch bei 65 Prozent und 2011 noch bei 57 Prozent; auch die anderen KMU-Interessenvertretungen haben in den letzten drei Jahren zwei bis zehn Prozent-Punkte verloren. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. <